

TURNERS *Thesen*

Es lohnt sich, an etwas zu erinnern



VON GEORGE TURNER, WISSENSCHAFTSSENATOR A.D.

An der Humboldt-Universität scheinen zwei renommierte Professoren zur Beschimpfung und Anfeindung durch eine Gruppe besonders voreingenommener und in der Sache unbedarfter Studierender freigegeben zu sein. Das erinnert an Gelegenheiten vor mehr als 50 Jahren.

In den 60er Jahren entwickelte sich eine sogenannte Außerparlamentarische Opposition (APO). Den Höhepunkt erreichte die Bewegung im Jahr 1968. Man versuchte, die Universitäten zu Ausgangsstätten für die erstrebte Revolution „umzufunktionieren“. Die Situation steigerte sich zu Meinungsterror und Bedrohung wissenschaftlicher Freiheit. Vorlesungsstörungen, die Androhung und auch die Verwirklichung von Gewalt gegen Sachen und Personen waren keine Einzelscheitungen.

Eindeutig kriminell waren „Aktionen“ wie Besetzungen von Hörsälen, Verwüstung von Bibliotheken bis hin zu Bombenanschlägen auf politisch missliebige Professoren. Einige konnten die Universität weil nicht mehr ohne Gefahr für Leib und Leben betreten, Vorlesungen fielen wochenlang aus, weil sie „bestreikt“ wurden. Bei der Gewaltanwendung komme es auf die Motive an. Wer eine „normale“ Straftat begehe, sei schuldig, wer dies aus politischen Beweggründen tue, verdiene eine andere Beurteilung. Die Beschäftigung von verfassungsfeindlichen Personen im öffentlichen Dienst wurde zum Thema, weil die APO und ihre Nachfolgegruppen, wie die K-Gruppen, das Ziel verfolgten, einen „Marsch durch die Institutionen“ anzutreten.

Einige Universitäten drohten zu „kippen“. Das waren in erster Linie Heidelberg, Bremen, Marburg und die Freie Universität Berlin. Dass dies nicht geschah, ist vor allem einzelnen Persönlichkeiten zu danken, die sich – unter Inkaufnahme wüster persönlicher Attacken – dem Treiben im wahrsten Sinne des Wortes entgegenstellten. In jener Zeit, es waren die Jahre nach 1968 bis weit in die 70er mit einem gelegentlichen Aufflackern auch in den 80ern, wurden die Universitäten einer schweren Belastungsprobe unterzogen. Es drohte ein Chaos, in dem der Mob regierte. Das hatte mit Reformen und dem Aufbrechen verkrusteter Strukturen nichts zu tun.

Die derzeitige Situation soll in ihren negativen Folgen nicht dramatisiert werden; vom Grad der Bedrohung des Geistes der Universität waren frühere Zeiten schlimmer. Allerdings sind sie es erst geworden, nachdem die Verantwortlichen in den Universitäten und den zuständigen Ressorts auf Landesebene die Zügel haben schleifen lassen. Daraus könnte man lernen – auch an der Humboldt-Universität.

— Wer mit dem Autor diskutieren möchte, kann ihm eine E-Mail schreiben: george.turner@t-online.de

Konfuzius als Propaganda-Instrument

Kritik an den von China bezahlten Instituten: Die ersten deutschen Unis überdenken die Zusammenarbeit

VON HINNERK FELDWISCH-DREENTRUP

Kniegeige, chinesische Zithern und die Melodie der Pekingoper auf der Bambusflöte: Das Jahr sollte am Berliner Konfuzius-Institut ruhig zu Ende gehen. Doch die Harmonie beim Jahresabschlusskonzert trügte: Wenige Stunden bevor auch die chinesische Botschaftsrätin Guo Jinqiu mit Kollegen den Klängen lauschte, hatte ihr Ehemann – Botschafter Wu Ken – Deutschland mit „Konsequenzen“ gedroht: für den Falls, dass Huawei vom 5G-Ausbau ausgeschlossen wird.

Guo kennt Konfuzius-Institute (KI) gut – sie nahm 2010 an der Eröffnung des Instituts in Graz teil und besuchte auch jene in Wien oder Freiburg. Üblicherweise lehren sie Chinesisch und organisieren Veranstaltungen zu China. Doch während sie sich gerne mit Goethe-Instituten vergleichen, sind sie stark umstritten. Es handelt sich nicht um eigenständige Einrichtungen, sondern sie werden im Regelfall vom chinesischen Regime zusammen mit regionalen Unis gegründet – und von China mitfinanziert.

Aus China wird auch eine Professur an der FU finanziert

„Der Bundesregierung ist bekannt, dass der chinesische Staat beziehungsweise die Kommunistische Partei Chinas Einfluss auf Veranstaltungen, Lehrinhalte und -materialien an Konfuzius-Instituten in Deutschland nimmt“, erklärte das Bundesforschungsministerium unlängst als Antwort auf einer Anfrage der FDP-Fraktion. Dies folge schon aus enger organisatorischer und finanzieller Anbindung an staatliche chinesische Institutionen: Die Dachorganisation Hanban unterstehe der Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei (KP).

Für den Chinaexperten Andreas Fulda von der University of Nottingham haben Konfuzius-Institute daher „nichts an Universitäten zu suchen“. „Das ist eine Art Ideen-Wäsche, wo politischer Propaganda der Stempel der Unbedenklichkeit gegeben wird.“

Die Institute wurden seit 2004 gegründet, um die Soft Power Chinas im Ausland zu stärken, erklärte der Verfassungsschutz der „Welt am Sonntag“. Ähnlich hatte es auch der frühere Propagandachef Chinas Li Changchun formuliert: Die Institute seien ein „wichtiger Teil der chinesischen Übersee-Propaganda“; die Marke „Konfuzius“ habe eine natürliche Attraktivität. „Unter dem Vorwand, Chinesisch zu unterrichten, sieht alles vernünftig und logisch aus.“

Seit 2018 sollen sich die Konfuzius-Institute auf Order von Staatschef Xi Jinping auf den „Aufbau einer sozialistischen Kultur“ fokussieren und die „Diplomatie chinesischer Prägung“ unterstützen – auch durch eine stärkere ideologische Vorbereitung des entsandten Lehrpersonals. Die Kooperation mit Unis vor Ort läuft üblicherweise so, dass diese die Infrastruktur stellen. So ist das Berliner Institut in Räumen der Freien Universität angesiedelt: Diese stellt einen Direktor, China einen Kodirektor.

Weltweit hat China inzwischen gut 500 Institute gegründet, hierzulande sind es 19. Doch es werden eher weniger: In den USA, Kanada, Schweden oder Frankreich wurden KIs wegen genereller Bedenken



Eingeweiht. Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Eröffnung des Konfuzius-Instituts in Stralsund 2016. Insgesamt gibt es bundesweit 19 dieser Einrichtungen. Foto: imago/Xinhua

oder Skandalen dichtgemacht. Zuletzt erklärte die Freie Universität Brüssel, ihr Institut zuzuschließen – nachdem der chinesische Direktor wegen Spionageverdachts kein Visum mehr erhalten hatte.

Einige deutsche Unis zweifeln nun. Obwohl die Uni Bonn erst 2017 ein Konfuzius-Institut eingerichtet hat, ist es „in Revision“, wie die „Welt am Sonntag“ erfuhr. Es ginge aber nur um das Wie, „nicht um das Ob“. Auch in Hamburg rumort es: „Eine Finanzierung ist nicht weiter vorgesehen“, sagt die Unisprecherin. Sie lässt offen, ob die Kooperation aufgekündigt wird. Einer der Gründe sei die „fehlende Unabhängigkeit“ von der Propagandaabteilung der KP. Schon 2015 gab es offenbar einen Eklat in Hamburg: Nachdem das KI eine Veranstaltung im „Zusammenhang“ mit dem Platz des Himmlichen Friedens durchgeführt hat, sei ein chinesischer Direktor abbestellt worden.

Die Uni Düsseldorf ging einen Schritt weiter, wie jetzt bekannt wurde. Bereits 2016 hat sie die Kooperation „schnellstmöglich“ beendet – wegen der Vertragslaufzeit ist dies April 2020. Uni und Stadt zahlen jährlich fünfstellende Beträge für das KI. Als Kündigungsgrund hat die Uni zunächst nur an, dass das Institut nicht geforscht habe. Auf Nachfrage spricht sie

nun von „Intransparenz“ in der „Konstellation der Zusammenarbeit“. Die Unileitung könne einen Einfluss von Chinas Staatsdoktrin auf didaktische Inhalte und somit auf Uniangehörige nicht ausschließen. Die Kündigung sei „kein Schritt, den eine Universität leichtfertig unternimmt“, sagt ein Sprecher. Alle Fortsetzungsangebote habe man ausgeschlagen. Die Uni habe ihm gegenüber „an keiner Stelle“ von befürchteter Einflussnahme gesprochen, erklärt Institutsdirektor Cord Eberspächer – sondern nur finanzielle und rechtliche Erwägungen vorgebracht. Das Institut werde weiter Sprachkurse an der Uni anbieten und mit der Stadt kooperieren. Doch die Stadt bestätigt das nicht eindeutig: Sie prüfe, wie „eine Zusammenarbeit“ neu ausgerichtet werden könnte. Formate und Finanzen seien offen.

Wie heikel die Zusammenarbeit sein kann, offenbart ein Bericht auf dem Senatsportal „FragDenStaat“ von 2016. Demnach hat der nun zu „De Gruyter“ gehörende Düsseldorfer Univerlag „dup“ mit einem chinesischen Verlag zusammen Bücher herausgegeben. Dies sei „zum gemeinsamen Vorteil“. Doch in China müssen Bücher durch die Zensur. Für die Uni sei das „in keiner Weise akzeptabel“, erklärt der Unisprecher – man

wisse nichts von Zensurfreigaben. Doch die gab es offenbar: Zwei Bücher wurden veröffentlicht. Bei einem seien Sätze beanstandet worden, sagt Eberspächer. Es sei dann in China nicht erschienen.

Andere Unis sehen kaum Probleme, wie in Freiburg, wo der Vertrag kürzlich verlängert wurde. Eine „direkte inhaltliche Beeinflussung“ dementiert auch Prorektorin Anja-Désirée Senz von der Uni Heidelberg, selbst Sinologin und bis 2014 Direktorin eines KI. Aber sie gab gegenüber der „Rhein-Neckar-Zeitung“ zu: „Wenn einem Projektmitgeber Inhalte nicht gefallen, gibt er keine Mittel dafür.“ Es sei denkbar, dass „nicht jedes Thema gleichermaßen aufgegriffen wird“.

Scharfe Kritik musste sich die Uni Göttingen anhören: Nachdem 2003 die Sinologie geschlossen wurde, ließ sie sich ab 2009 zwei Professuren von Hanban bezahlen, so jene ihres früheren KI-Direktors Andreas Guder. Es seien „reguläre Professuren“, das Grundgesetz finde Anwendung. Doch wie frei und kritisch sind aus Peking bezahlte Professoren?

Bis heute behauptet die Uni unter Verweis auf die Hanban-Homepage, diese Organisation sei „nichtstaatlich“. Dies sei „klar höchst irreführend“, sagt Volker Stanzel, früherer Botschafter in China und nun Mitglied im Verwaltungsrat des Göttinger KI. Er nennt die Institute zwar „von ihrer Ausrichtung her dubios“. Dennoch hält er das akademisch ausgerichtete Institut in Göttingen für eine für die Uni „nützliche Veranstaltung, die offenkundig auch chinesischem Interesse entspricht“. Es gebe Themen, die am KI „nicht angesprochen werden können“, räumt die Uni ein. Diese würde sie woanders adressieren.

Andreas Guder ist seit Oktober Professor an der FU Berlin. Was diese in bisherigen Ankündigungen verschwiegen: Hanban zahlt auch seine FU-Stelle, um einen Lehramtsstudiengang Chinesisch aufzubauen. Stiftungsprofessuren würden öffentlich gemacht, aber nicht „in Echtzeit“, erklärt die FU. Guder wird nach Kenntnis des Tagesspiegels auch neuer Direktor am Berliner KI. Eine Einflussnahme Pekings schließt die FU aus. Es gebe keinen Grund, über eine Schließung des „erfolgreichen Instituts“ nachzudenken.

Die Senatskanzlei Wissenschaft sagt, die Berufung Guders sei regulär erfolgt. Eine Information der Öffentlichkeit über die für fünf Jahre geplante Stiftung – danach trägt die Uni die Kosten – sei „empfehlenswert“. Am Donnerstag sprach Wissenschaftsstaatssekretär Steffen Krach das Thema im FU-Kuratorium an: Er betonte, ein Einfluss Pekings müsse ausgeschlossen werden. Der FU käme eine Verantwortung zu, „der sie im besonderen Maße gerecht werden müsse“.

Dass Professuren von Peking bezahlt werden, ist für FDP-Bildungspolitiker Jens Brandenburg „eine neue Dimension“. „Es ist höchste Zeit, dass die Wissenschaftsminister mit den Hochschulen über die Gefahr und Hintergründe der chinesischen Einflussnahme sprechen.“ Die enge finanzielle Verflechtung gefährde die Wissenschaftsfreiheit.

Das Konzert an der FU Berlin endete mit einem Gruppenbild: mit Guder, seiner Vorgängerin, Botschaftsrätin Guo und rund 30 weiteren Personen. Für den geplanten Lehramtsstudiengang gebe es eine „ganze Menge Schnittstellen“ mit dem KI, sagte Guder. Bislang wissen seine Studenten offenbar noch nicht, wer ihren Prof bezahlt.

„Deutschland verletzt das Solidarprinzip“

Mehr Organe aus der EU importiert als exportiert

Im Januar wird der Bundestag darüber entscheiden, ob künftig jeder als Organspender gilt, wenn er oder seine Angehörigen dem nicht widersprechen. Unterstützer dieser „doppelten Widerspruchslösung“ plädieren jetzt mit einem eindringlichen Appell an die Abgeordneten, den Weg für das neue Verfahren frei zu machen. Andernfalls werde sich der Negativtrend bei den Organspenden fortsetzen.

Schon jetzt funktioniert das System hierzulande nur, weil Deutschland im transnationalen Netzwerk Eurotransplant Nutznießer ausländischer Organspender sei, sagte Volker Falk, Direktor der Klinik für Kardiovaskuläre Chirurgie der Charité, am Freitag. Die Stimmung in den anderen Ländern sei „schlecht, weil Deutschland das Solidaritätsprinzip verletze“. So würden für jedes Organ, das aus Deutschland zu Eurotransplant gehe, im Schnitt drei importiert. Zu Eurotransplant gehören neben Deutschland die Beneluxstaaten, Österreich, Slowenien, Kroatien und Ungarn – die Bundesrepublik sei das einzige Mitglied ohne Widerspruchslösung. Trotz dieser Schiefelage werde die Wartezeit auf Organe in Deutschland stetig länger, betonte Felix Berger, Direktor der kardiologischen Kinderklinik der Charité. Habe ein Kind in den 90ern in Deutschland im Schnitt maximal 111 Tage auf ein Spenderherz gewartet, seien es heute 867 Tage.

Bei der Parlamentsabstimmung im Januar stehen drei Anträge auf der Tagesordnung, wobei der von der AfD ohne Chance ist. Die Widerspruchslösung wird von einer Gruppe um Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und einen Lehramtsstudiengang Chinesisch aufzubauen. Abgeordnete um die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock und die Linken-Chefin Katja Kipping plädieren dafür, Organe nur nach Zustimmung der Betroffenen zu entnehmen – es sollen allerdings mehr Möglichkeiten geschaffen werden, sich als Spender zu registrieren. Beide Anträge setzen also auf Freiwilligkeit, bei der Widerspruchslösung müsste man sich aber aktiv als Nichtspender definieren.

Dies sei alles andere als ein Eingriff in Grundrechte, sagte die Medizinerin Christiane Woopen, ehemals Vorsitzende des Deutschen Ethikrats und heute in die-



Rettingstransport. Im Schnitt 867 Tage wartet ein Kind auf ein Spenderherz. F.: dpa

ser Position beim Europäischen Ethikrat. Es werde bei der Widerspruchslösung „nicht einmal verlangt, sich mit dem eigenen Tod auseinanderzusetzen, sondern nur mit der Frage, ob man sich damit auseinandersetzen will“. Für Betroffene sei die „Diskussion, wie sie in Deutschland geführt wird, oft schwer erträglich“, sagte Woopen. Einer von ihnen ist der Vater einer Neunjährigen, die in Hamburg auf ein Spenderherz wartet. „Die Organspendesituation in Deutschland ist eine Katastrophe, wir erfahren das seit anderthalb Jahren am eigenen Leib“, sagte er. „Es scheint aber niemanden zu interessieren.“

Die Herzchirurgin und Bundestagsabgeordnete Claudia Schmidtke (CDU) will – außerhalb ihrer Funktion als diesbezüglich zur Neutralität verpflichtete Patientenbeauftragte der Bundesregierung – in den Wochen bis zur Abstimmung weiterhin um Unterstützung für die Widerspruchslösung kämpfen. Bis jetzt gebe es etwa 220 Unterstützer und 200 Unentschlossene im Parlament, sagte sie. Nötig ist eine Mehrheit der 709 Abgeordneten. Es sei noch viel Arbeit, sagte Schmidtke, „aber es ist auch das erste Mal, dass wir so kurz davor stehen.“ THOMAS TRAPPE

NACHRICHT

Nandus in Deutschland dezimiert
Europas einzige wild lebende Nandu-Population ist nach gezielten Abschüssen einzelner Tiere um 20 Prozent dezimiert worden. Bei der jüngsten Zählung seien 456 der großen flugunfähigen Vögel im Verbreitungsgebiet am Ratzeburger See festgestellt worden. Das teilte das Biosphärenreservatamt Schaalsee-Elbe mit. Dies seien 110 Tiere weniger als ein Jahr zuvor. Zwei Landwirte hatten in diesem Jahr erstmals die Erlaubnis erhalten, jeweils zehn ältere Hähne abzuschießen. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population ergebe sich aus der Maßnahme nicht. dpa

Den Braten von der Weide schießen

Der Tod in gewohnter Umgebung erspart Rindern den Weg zum Schlachthof und damit sehr viel Stress

Nils Müller hat wieder einmal schlecht geschlafen. Nach dem Frühstück wird der Landwirt vom Küsnachter Berg im Schweizer Kanton Zürich eines seiner Rinder töten müssen. Mit seinem finnischen Jagdgewehr wird er auf den Hochsitz neben der Koppel klettern und auf eines der Tiere schießen, die dort grasen. Gemeinsam mit seiner Frau Claudia Wanger will Müller den Tieren auf diese Weise einen schnellen Tod in ihrer gewohnten Umgebung ermöglichen und den stresserfüllten Weg zum Schlachthof ersparen.

Um die Genehmigung dieser „Weidetötung“ hat das Paar, unterstützt vom Forschungsinstitut für Biologischen Landbau FiBL im schweizerischen Frick und der Tierschutzorganisation „Vier Pfoten Schweiz“ sechs Jahre lang mit den Behörden des Kantons gerungen. Jetzt dürfen sie in den nächsten zehn Jahren ihre Rinder mit solchen gezielten Schüssen töten. Im Hochsitz nimmt sich Müller viel Zeit. Legt an. Zielt. Erst wenn er sich ganz sicher ist, den Kopf des Rindes exakt an der richtigen Stelle zu treffen, schießt er. Das Tier bricht wie vom Blitz getroffen zusammen, die anderen Rinder schauen nur überrascht – und fressen alsbald weiter.

Auch in Deutschland haben einige Hundert Betriebe eine solche Abschussgenehmigung, aber nur wenn ihre Rinder das ganze Jahr über auf der Weide sind. Die Schweiz aber will viel weiter gehen: dass

alle Nutztiere des Landes auf der Weide oder auf dem Hof getötet werden dürfen. Diese in Europa einmalige Möglichkeit sieht das neue Lebensmittelgesetz des Landes vor, das 2020 verabschiedet werden soll.

Damit soll den Tieren Leid erspart werden, das bereits beim Trennen von der Herde beginnt. Als instinktive Herdentiere zeigen viele typische Stressreaktionen, koten und urinieren etwa viel häufiger als normalerweise. Die rucklige Fahrt zum Schlachthof im Transportwagen potenziert den Stress. Am Zielort treiben dann fremde Menschen die Tiere in eine neue, fremde Umgebung, die von den Geräuschen zuvor hier angekommenen Artgenossen erfüllt ist und als Warnung wahrgenommen werden.

Entsprechend viel vom Stresshormon Kortisol lässt sich im Blut von Tieren finden, die im Schlachthaus getötet wurden, zeigen Studien des FiBL. In der Natur bereitet das Hormon den Körper auf Flucht- oder Verteidigungsreaktionen vor, etwa indem es größere Mengen des Zuckers Glukose als Energielieferant freisetzt. Für die Qualität des Fleisches ist das aber abträglich, weil sich in den Muskeln Laktat bildet, das den Geschmack des Rindfleisches verschlechtert.

Müllers und Wagners Rinder hingegen bleibt der Stress erspart. Sogar an den Knall des Schusses sind sie inzwischen ge-

wohnt. „Am Vortag schieße ich aus dem Hochstand in einen Sandsack und mache die Tiere in der Koppel so mit dem Geräusch vertraut“, sagt Müller.

So vorteilhaft es für die Rinder sein mag, auf der Weide getötet zu werden – um die Prozedur zu ermöglichen, müssen die Landwirte einige Hürden überwinden und Detailfragen klären, etwa die Wahl der Munition. Müller verwendet Kaliber .22, auf Empfehlung einer 2014 in der Zeitschrift „Landtechnik“ erschienenen Studie der Universität Kassel und des Beratungs- und Schulungsinstituts für Tiererschutz bei Transport und Schlachtung in

Schwarzenbek in Schleswig-Holstein. Nach dem Schuss müssen sich Nils Müller und der Küsnachter Metzger Patrick Föllmi beeilen: Den behördlichen Vorgaben zufolge müssen sie das Tier innerhalb von 90 Sekunden an den Hinterbeinen hochheben und es mit einem Kehlschnitt ausbluten lassen. Eine Vorsichtsmaßnahme, denn in dieser Zeit wachen Tiere, die durch den Schuss nicht sofort getötet, sondern nur betäubt wurden, mit Sicherheit nicht wieder auf. „Im Durchschnitt brauchen wir nur 70 Sekunden bis zum Ausbluten“, sagt Müller. Danach hat er mit Föllmi, ebenfalls behördlich vorge-



Bio-Schlachten. Der Schweizer Landwirt Nils Müller will seine Angus-Rinder nicht mehr dem Schlachthof-Stress aussetzen und schießt sie daher selbst. Foto: Gabriela Müller

schrieben, nur 45 Minuten Zeit, um dem Rind im Schlachthof das Metzgers das Fell abzuziehen, die Eingeweide zu entnehmen und den Schlachtkörper zu halbieren. Der Grund dafür ist, dass die Mikroorganismen im Pansen des Tieres auch nach dessen Tod weiterarbeiten, also Gras verdauen und dabei Gase produzieren, die das tote Tier nicht mehr ausrülpfen kann. Würden dadurch die Eingeweide platzen, wäre das Fleisch ungenießbar. In dünn besiedelten Landstrichen ist die Zeitspanne zu knapp, da der Weg zum nächsten Schlachthof oft zu weit ist.

Ein ganz anders gelagertes Problem des Abschlusses auf der Weide ist, dass nicht jeder Landwirt die innere Kraft aufbringt, seine eigenen Tiere zu töten. Daher propagiert FiBL-Mitarbeiter Eric Meili eine Alternative: Werden Tiere im Winter im Stall gehalten, stecken sie ihren Kopf durch ein „Fressgitter“, hinter dem Heu liegt. Steht ein ähnliches Fressgitter auf dem Weg zum Auslauf im Freien, stecken die Rinder völlig ohne Stress auch dort ihren Kopf auf der Suche nach einer Mahlzeit durch. Sie können dann ihren Kopf kaum noch bewegen, der Metzger kann sie mit einem Bolzenschuss betäuben. Erste Betriebe nutzen diese Möglichkeit bereits, mit dem neuen Lebensmittelgesetz soll dieser Weg allen Schweizer Höfen offenstehen – um Tieren ihren letzten Weg zu erleichtern. ROLAND KNAUER